

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

März 2016

hauptstadt magazin

Anwärtersonderzuschläge
nicht verschleppen



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



Friedhelm Windmüller

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

vor gut zwei Jahren hat der dbb berlin sein hauptstadt magazin in neuem, modernem Gewand präsentiert und ist damit auf durchweg positive Resonanz gestoßen. Im vergangenen Monat war es auch endlich für unseren etwas in die Jahre gekommenen Internetauftritt so weit: Nach einem grundlegenden Relaunch trifft der User unter www.dbb.berlin seit 15. Februar auf eine Homepage, deren Design, Struktur und Inhalte zum Blättern und Verweilen einladen. Überzeugen Sie sich selbst und schicken Sie uns ein Feedback.

Gewerkschaftspolitisch standen im vergangenen Monat einmal mehr die Konsequenzen dauerhafter Arbeitsüberlastung – konkret der vorzeitige Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit – und die Unsicherheit um eine rechtssichere Stellenbesetzung im Vordergrund. Außerdem hat der dbb berlin auf zügige Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen gedrängt.

Jede Menge Stress, Ärger und Unterrichtsausfall verursacht nach wie vor die DGB-Gewerkschaft GEW. Hintergründe, Ziele und Folgen der unseligen GEW-Machenschaften deckt Ferdinand Horbat für das Bündnis für Lehrer der Bildungsgewerkschaften des dbb berlin in dieser Ausgabe des hauptstadt magazins auf.

Nicht nur von fragwürdigen Streikaktionen der GEW, sondern auch durch zahllose verfehlte Reformen ge-

beutelt wurde in ganz besonderem Maße die Berliner Grundschule. Resultat: Jeder neunte Berliner Jugendliche verlässt die Schule ohne Abschluss. Wie es zu dieser Situation kommen konnte, zeichnet die Vorsitzende des VBE Berlin, Heidrun Quandt, in einem weiteren Beitrag zur Berliner Bildungsmisere nach.

Zu Wort melden sich auch die Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes, weil sich für ihre wichtige, aber im Vergleich zu Krankenhausmedizinern hoffnungslos unterbezahlte Tätigkeit keine Bewerber mehr finden.

Von allgemeinem Interesse dürften die Ergebnisse der neuesten Berliner Verkehrssicherheitsstatistik sein, ebenso wie die aktuelle Broschüre des Verfassungsschutzes zur linken Gewalt in Berlin.

Viel Spaß beim Lesen und natürlich frohe und sonnige Ostertage wünscht

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin



MEV

Anwärtersonderzuschläge:

dbb berlin und BSBD Berlin drängen auf zügige Umsetzung für alle Anwärter

Der dbb berlin erwartet zügige parlamentarische Beratungen über die Zahlung von Anwärtersonderzuschlägen für den Justizvollzug und die Berliner Feuerwehr, nachdem die entsprechenden Mittel bereits im Dezember 2015 im beschlossenen Landeshaushalt bereitgestellt wurden. „Sichergestellt werden muss insbesondere“, so der Landesvorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, „dass auch die Kolleginnen und Kollegen, die sich bereits im Vorbereitungsdienst befinden, in die Regelung einbezogen werden.“

Das Parlament hat Ende Januar in einer ersten Lesung über die von CDU- und SPD-Fraktion vorgelegte Änderung des Berliner Besoldungsgesetzes beraten. Danach soll die bundesgesetzliche Regelung rückwirkend ab 1. Januar 2016 auch in Berlin gelten. dbb berlin und BSBD Berlin gehen davon aus, dass alle Anwärterinnen und Anwärter, die

sich derzeit im Vorbereitungsdienst befinden, rückwirkend ab 1. Januar 2016 diese Zulage erhalten.

Mit der Wiedereinführung der Anwärtersonderzuschläge wird eine langjährige Forderung des dbb berlin und seiner Fachgewerkschaften erfüllt. ■

Becker: Zu hohe Arbeitsbelastung zeigt Konsequenzen

Jeder dritte Berliner Beamte scheidet vorzeitig aus

Der dbb Landesvorsitzende Frank Becker hat gegenüber der Berliner Morgenpost (Ausgabe vom 15. Februar 2016) die Gründe für die hohe Zahl der wegen Dienstunfähigkeit in den vorzeitigen Ruhestand versetzten Beamten im Berliner Landesdienst klargestellt: „Wir haben immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass die Arbeitsbelastung zu hoch ist. Wir haben zu wenig Personal, da wundert es mich nicht, dass die Leute krank werden.“

Nach Angaben der Zeitung erreichen doppelt so viele Beamte Berlins wie in anderen Bundesländern die Regelaltersgrenze nicht.

de Prozentsatz beträgt vergleichsweise in Hamburg lediglich 14 Prozent, in Bremen nur 11,5 Prozent.

Nach einem Bericht der Innenverwaltung gingen 740 Beamte 2013 vorzeitig wegen dauernder Dienstunfähigkeit in den Ruhestand. Insgesamt schieden 2.380 Beamte aus dem aktiven Dienst aus. Jeder Dritte oder 31 Prozent haben damit die Regelaltersgrenze nicht erreicht. Der entsprechen-

Betroffenen von der vorzeitigen Dienstunfähigkeit sind nach Angaben der Innenverwaltung insbesondere Lehrer und Beamte aus dem Vollzugsdienst. 385 Lehrer mussten 2013 krankheitsbedingt den Dienst quittieren, aus dem Vollzugsdienst bei Polizei und Justiz waren es 165. ■

Rechtssichere Stellenbesetzung?

Endgültige Klarheit in Sachen rechtssichere Stellenbesetzung im Land Berlin hat auch eine schriftliche Anfrage im Abgeordnetenhaus nicht gebracht. Nach Angaben der Senatsverwaltung für Inneres und Sport liegen widersprüchliche höchstrichterliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts einerseits und des Bundesverwaltungsgerichts andererseits vor. Eine abschließende Klärung erwartet der Senat durch eine beim Bundesverfassungsgericht anhängige Verfassungsbeschwerde (2 BvR 1958/13).

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hatte bereits 2013 festgestellt, dass es bei einer Auswahlentscheidung zur Besetzung einer Beamtenstelle nicht auf die Funktionsbeschreibung des konkreten Dienstpostens, sondern auf das angestrebte Statusamt ankommt (Beschluss vom 20. Juni 2013 – 2 VR 1/13 – Rn. 28). Danach dürfen Bewerber nicht vom Auswahlverfahren ausgeschlossen werden, nur weil sie den besonderen Anforderungen des aktuell zu besetzenden Dienstpostens nicht entsprechen. Ausnahmen seien nur zulässig, wenn zur Wahrnehmung der Dienstaufgaben zwingend besondere Kenntnisse oder Fähigkeiten erforderlich sind, über die ein normaler Laufbahnbewerber nicht verfügt.

Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts dagegen hat die Ermittlung des am besten geeigneten Bewerbers stets in Bezug auf das „konkret angestrebte Amt“ zu erfolgen (vgl. zuletzt BVerfG, Beschluss vom 24. Juli 2014 – 2 BvR 816/14 – Rn. 11).

Uneinheitlich ist infolge der unterschiedlichen höchstrichterlichen Auffassungen die verwaltungsgerichtliche Spruchpraxis.

Bis zur endgültigen Klärung steht deshalb allen Dienstkräften des Landes Berlin im Intranet eine Arbeitshilfe zu § 9 Beamtenstatusgesetz (BeamStG)/§ 8 Landesbeamtengesetz (LBG) zur Verfügung, die auch Ausführungen zu dem in Rede stehenden Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts enthält.

Der Senats selbst ist der Auffassung, dass die besonderen Anforderungen des konkret zu besetzenden Dienstpostens in bestimmten Ausnahmefällen (z. B. objektiv unabdingbare Fremdsprachenkenntnisse) im Rahmen des eigentlichen Leistungsvergleichs und zur Ausschärfung bei Leistungsgleichstand von Bewerbern berücksichtigt werden können. Dies lasse auch die BVerwG-Entscheidung zu. ■

dbb berlin mit neuer Homepage

In einem moderneren und benutzerfreundlicheren Design präsentiert sich seit dem 15. Februar 2016 der Internetauftritt des dbb berlin. Auch die Navigation ist jetzt klarer strukturiert als zuvor und erleichtert den Zugang zu den umfangreichen Inhalten auf der Website.

Wir hoffen, dass unsere neu gestalteten Seiten auch Ihren Beifall finden. Besonders dankbar wären wir für Rückmeldungen, speziell wenn Ihnen der eine oder andere kleine ‚Schnitzer‘ nach dem Relaunch auffallen sollte. Denn natürlich möchten wir, dass Sie die Informationen des dbb berlin auf der umgestalteten Homepage mindestens ebenso oft abrufen wie zuvor.

Der besondere Dank des dbb berlin gilt der Internet-Redaktion des dbb, die das neue Design entworfen und den kompletten Relaunch durchgeführt hat.



Diversity Management:

Satzungsänderung geplant

Die Landesleitung des dbb berlin will zum nächsten Landesgewerkschaftstag eine Satzungsänderung beantragen, die dem dbb berlin eine koordinierende Funktion bei den wachsenden Aktivitäten seiner Fachgewerkschaften auch im Diversity Management erlaubt. Danach soll die Landesleitung künftig „Beauftragte“ benennen können, die sich der unterschiedlichsten aktuellen Themen annehmen und so die Landesleitung unterstützen.

Als Zwischenlösung wird die Landesleitung – wegen des bereits vorhandenen gewerkschaftsübergreifenden Interesses am Diversity Management – die Aufgabe direkt übernehmen und regelmäßig Arbeitstreffen und Veranstaltungen z. B. mit der AIDS-Hilfe Berlin und der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen durchführen.

Diversity Management hat nach der Definition der Internationalen Gesellschaft für Diversity Management zum Ziel, die in der Vielfalt steckenden Potenziale zu realisieren. Dafür überprüfen Organisationen ihre Strukturen und Prozesse auf Chancengleichheit. Gleichzeitig wird ein Bewusstsein für Vielfalt geschaffen und die notwendige Kompetenz für den erfolgreichen Umgang mit Vielfalt vermittelt. ■

Vorankündigung:

Lesbisch-schwules Straßenfest am 16. und 17. Juli 2016



Nach den Erfolgen in den letzten Jahren werden der dbb berlin und seine Fachgewerkschaften auch in diesem Jahr wieder mit einem Infostand an dem sogenannten Motzstraßenfest teilnehmen.

Mehrere 100.000 Teilnehmer/-innen besuchen alljährlich das Straßenfest und werden dort von Verbänden, Parteien, Gewerkschaften und Initiativen aus erster Hand informiert.

Am 15. Februar 2016 haben Vertreter der Fachgewerkschaften des dbb berlin die Vorbereitungen zum lesbisch-schwulen Straßenfest beraten.

An der Veranstaltung, die am 16. und 17. Juli 2016 stattfindet, wollen sich – neben dem dbb berlin – aktiv die gewerkschaft kommunaler landesdienst berlin (gkl berlin), der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands, Landesverband Berlin (BSBD Berlin), die Deutsche Steuergewerkschaft Berlin (DSTG Berlin), die Polizeigewerkschaft Berlin (DPoG Berlin), die Kommunikationsgewerkschaft – Regionalverband Ost (DPVKOM), die Deutsche Justizgewerkschaft Berlin (DJG Berlin) und der Deutsche Be-



Der Aufbau 2015 war geschafft!
Torsten Jaehne (DPVKOM),
Sebastian Trautmann (gkl
berlin), Thomas Goiny
(BSBD Berlin) (von links)

rufsverband für Soziale Arbeit e. V. Landesverband Berlin (DBSH) beteiligen und über die Gewerkschaftsarbeit informieren. Auch der Flyer „Lebenspartnerschaften im Steuerrecht“ wird – nunmehr in 2. aktualisierter Auflage – zur Verfügung stehen.

Kolleginnen und Kollegen, die uns an den beiden Tagen am Informationsstand unterstützen wollen, sind gerne gesehen. Schreibt uns einfach eine Mail an: post@dbb.berlin.

Der dbb berlin und seine Fachgewerkschaften freuen sich über weitere Mitglieder, die diese und weitere Aktionen auf dem Gebiet des Diversity Managements unterstützen wollen. Interessenten melden sich unter post@dbb.berlin oder Telefon 030.327952-0. ■

GEW:

Außer Unterrichtsausfall nichts erreicht

Mit Streikaufrufen, Klagen vor Gericht und aus unserer Sicht rechtswidrigen Beschlüssen macht die GEW derzeit in Berlin von sich reden. Auf den ersten Blick wird großes Engagement für die Beschäftigten vorgetäuscht. Aber wie sieht die Realität aus? Die Aktionen der GEW erzeugen allenfalls mediales Interesse. Ansonsten wurde – außer Unterrichtsausfall – nichts erreicht!

Tatsächlich läuft das massive Drängen der GEW zu Berliner Tarifverhandlungen komplett ins Leere und das ist keine Überraschung. Berlin ist nämlich Mitglied der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), die die Tarifverhandlungen für die Bundesländer auf der Arbeitgeberseite führt. Für die Arbeitnehmer sind der dbb beamtenbund und tarifunion und ver.di die Verhandlungspartner.

Der dbb und die TdL haben nach jahrelangen verblichenen Bemühungen mit dem Abschluss des TV EntgO-L zu einem für beide Seiten tragfähigen Kompromiss für eine bundeseinheitliche Regelung für alle Lehrkräfte gefunden.

Tarifloser Zustand beendet

Der lange tariflose Zustand beim Entgelt für angestellte Lehrkräfte ist also erfolgreich beendet worden, ohne dass es irgendeiner Zustimmung der GEW bedurfte.

Letztere hatte sich in dem irrigen Glauben, dass ohne sie ein Abschluss zur Entgeltordnung für Lehrkräfte nicht zustande kommen würde, vor Verabschiedung der Bundesregelung mit überzogenen Forderungen selbst vom Tariftisch wegkatapultiert.

GEW-Schlappe vor dem Arbeitsgericht

Die GEW wäre aber nicht die GEW, nähme sie jetzt ihre Schlappe hin und gäbe sachgerechten Lösungen den Vorzug. Vielmehr wird versucht, den Tarifvertrag (TV EntgO-L) auf Biegen und Brechen infrage zu stellen – bislang wieder ohne Erfolg.

Denn vor dem Arbeitsgericht Berlin ist die Gewerkschaft mit ihrem Antrag auf Nichtanwendung des TV EntgO-L in Berlin am 16. Dezember 2015 (Geschäftszeichen: 21 Ca 12278/2015) bereits grandios gescheitert.

Personalräte manipuliert

Auch wenn die Niederlage deutlicher nicht sein konnte, folgte ein hilfloser Versuch über GEW-Lehrer-Personalräte die Einstellung von Lehrkräften nach TV-L (einschl. TV EntgO-L) zu boykottieren. Großzügig übersehen wurde dabei allerdings, dass Tarifverträge der Mitbestimmung von Personalräten gar nicht unterliegen, sondern dass § 2 PersVG Berlin Behörden und Personalrat verpflichtet, tarifvertragliche Regelungen zu beachten.

Die Bildungsgewerkschaften des dbb berlin verurteilen die Manipulation der Personalräte durch die Personalratsmitglieder der GEW und sehen deshalb die Beschlüsse der Berliner Personalräte als klaren Missbrauch im einseitigen gewerkschaftlichen Interesse und als Verletzung der Neutralitätspflicht nach § 71 PersVG Berlin.

Die dbb Gewerkschaften fordern die GEW Berlin nochmals auf, ihren sinnlosen Kampf auf dem Rücken von Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften aufzugeben und ihre Mitglieder, die mittlerweile nur noch vom dbb sachliche Informationen über den Tarifvertrag Entgeltordnung erhalten, endlich vernünftig über die tarifpolitischen Fakten aufzuklären.

Den Verantwortlichen der GEW sei überdies ins Stammbuch geschrieben: Ihre Forderung sollte nicht auf eine den Beamten vergleichbare Bezahlung, sondern sinnvollerweise auf Verbeamtung der Berliner Lehrerinnen und Lehrer lauten. Das ist nicht nur verfassungskonform, sondern auch der klare Wunsch der Betroffenen.

*Ferdinand Horbat
(Bündnis für Lehrer der Bildungsgewerkschaften
des dbb berlin)*



Ferdinand Horbat

BSBD Berlin:

Justizvollzug wird überfordert

Berlins Haftanstalten stehen vor neuen Problemen: Innerhalb von nur zwei Monaten hat sich die Zahl der Inhaftierten um 400 erhöht. Der generelle Aufwärtstrend bei den Belegungszahlen im Berliner Vollzug hat sich damit, so die aktuelle Statistik, weiter verschärft.

„Diese Entwicklung war absehbar und eskaliert weiter durch den starken Anstieg der Delikte Menschenhandel und Schleusertum. Auch die hohe Zahl von Straftätern unter Migranten und Flüchtlingen droht die Haftplatzkapazitäten zu sprengen – und das nicht nur in Berlin, sondern bundesweit“, kommentiert der Berliner BSBD-Chef Thomas Goiny die aktuelle Belegungsstatistik.

Während unter Fachleuten bereits eine durchschnittlich 90-prozentige Belegung einer Justizvollzugsanstalt als Auslastung gilt, arbeiten bereits jetzt fast alle Anstalten des geschlossenen Männervollzuges am Limit.

Auch der bauliche Zustand der Berliner Haftanstalten dürfte den steigenden Häftlingszahlen in den nächsten Jahren kaum gewachsen sein. Der BSBD vermutet schon ohne zusätzliche Haftplätze einen Sanierungsbedarf von mehreren 100 Millionen Euro.

„Die von der Verwaltung durchgeführte Organisationsbetrachtung des Berliner Justizvollzugs hat am grünen Tisch einen Bedarf errechnet, der den tatsächlichen Anforderungen nicht gerecht werden kann“, kritisiert Goiny, „Probleme mit Gefangenen aus den unterschiedlichsten Kulturkreisen und Volksgruppen erschweren die Behandlungs- und Therapiemaßnahmen und belasten das Personal zusätzlich, speziell wenn die Gefangenen in ihren Herkunftsländern mit sehr viel drakonischeren Strafen rechnen müssen und das deutsche System als „Schwäche“ auslegen. Ein Strafvollzug, der Resozialisierung anstrebt, greift in diesen Fällen kaum.“

Klares Konzept gefordert!

Der BSBD Berlin fordert deshalb ein klares Strukturkonzept für den Berliner Justizvollzug, das sowohl die Frage der Standorte einschließt als auch die der Betreuungs- bzw. Behandlungskonzepte und damit verbunden der Personalentwicklung. Schließlich dürfen auch differenzierte Sanierungs- und Neubaupläne nicht fehlen.



Thomas Goiny

Friedhelm Windmüller

„Der Bürger hat keinerlei Verständnis dafür, dass Familienclans und Rockerbanden ihren illegalen Geschäften in den Justizvollzugsanstalten weiter nachgehen können“, unterstreicht Goiny die Eilbedürftigkeit des Konzepts. Überaus schädlich sei auch der Druck, den diese Gruppierungen auf andere Gefangene ausüben.

Goiny erinnerte in diesem Zusammenhang auch an die Vorfälle des letzten Jahres, die den schmalen Grat, auf dem die Beschäftigten in den Haftanstalten jeden Tag gehen müssten, deutlich aufgezeigt haben. Gewalt ist bei ihren täglichen Sicherheits- und Betreuungsaufgaben immer eine latente Bedrohung. Nur adäquater Personaleinsatz und ein Mindestmaß an Sicherheitsausrüstung können hier Abhilfe schaffen.

Für den Landesvorsitzenden des BSBD Berlin steht fest, dass schnelles Umdenken der Justizverwaltung überfällig ist. Haftplatzkapazitäten und Vollzugspersonal müssen aufgestockt werden und ein wirksames Konzept für die inhaltliche Arbeit mit unterschiedlichen Tätergruppen erarbeitet werden. „Leisten wir uns in dieser Hinsicht Versäumnisse, werden ethnische Konflikte unweigerlich in die Vollzugseinrichtungen verlagert, die dann schnell zu unbeherrschbaren Pulverfässern mutieren können“, warnt Goiny.

Alarmierender Fachkräftemangel im öffentlichen Gesundheitsdienst

Der öffentliche Gesundheitsdienst bietet ausgesprochen interessante Arbeitsfelder, trotzdem herrscht Fachkräftemangel. Was zunächst wie ein Widerspruch aussieht, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als logische Konsequenz. Denn die Attraktivität eines Arbeitsplatzes im öffentlichen Gesundheitsdienst hängt nicht nur von inhaltlichen Aspekten und von sozialen Rahmenbedingungen ab, sondern auch ganz entscheidend von der Einkommenssituation.

Im öffentlichen Gesundheitsdienst von Berlin und Brandenburg herrscht mittlerweile, wie auch in den anderen Bundesländern, Personalmangel in nahezu allen Fachbereichen. Im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst, im Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst, im Sozialpsychiatrischen Dienst oder auch im Bereich der Hygiene- und Umweltmedizin führt die personelle Unterausstattung, insbesondere im ärztlichen Bereich, längst zu gravierenden Problemen. Die gesetzlichen Aufgaben können kaum noch erfüllt werden.

In den Gesundheitsämtern gehen die Lichter aus

In den Gesundheitsämtern Brandenburgs „gehen langsam die Lichter aus“ und auch in Berlin wird das Licht ständig schwächer. In der Hauptstadt waren Anfang Februar fast 50 Arztstellen vakant. Vor allem fehlen Fachärzte für Kinder- und Jugendmedizin, Hygiene- und Umweltmedizin, Psychiatrie und Psycho-

therapie sowie Kinder- und Jugendpsychiatrie. Aber auch Gesundheitsaufseher werden dringend gesucht, zwölf Stellen sind in Berlin vakant. An interessierten Bewerbern fehlt es übrigens nicht, das im Vergleich zu den nach dem TV-Ärzte bezahlten Ärzten in Krankenhäusern oder Medizinischen Versorgungszentren viel zu geringe Einkommen lässt das Interesse allerdings sehr schnell erlahmen.

Politik löst grundlegendes Problem nicht

Diese Situation ist der Politik bekannt. Die Gesundheitsminister haben in ihren Länderkonferenzen die Einkommensschiefelage und den dadurch bedingten personellen Notstand im ärztlichen Bereich der Gesundheitsämter bestätigt und Verbesserungen gefordert, allerdings bislang ohne erkennbare Wirkung. Maßnahmen wie Imagekampagnen und verbesserte Einstufungen sind zwar hilfreich, lösen aber nicht das grundlegende Problem.

Gespräch beim dbb berlin

Vertreter des Verbandes der Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes der Länder Brandenburg und Berlin e. V. (BVÖGD) und des Berufsverbandes der Hygieneinspektoren Berlin-Brandenburg e. V. (BHBB) trafen sich am 2. Februar 2016 mit Vertretern der Landesleitung des dbb berlin zu einem ersten gemeinsamen Gespräch.

Mitte April 2016 soll eine Gesprächsrunde zum öffentlichen Gesundheitswesen mit den gesundheitspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen im Abgeordnetenhaus folgen. Der dbb berlin hat die Fraktionsvorsitzenden bereits angeschrieben und entsprechende Einladung ausgesprochen.



Frank Becker, Landesvorsitzender dbb berlin, Andrea Zimmler (BHBB), Dipl.-Med. Steffen Hampel, Martina Hänel, Dr. Raimund Pitzing und Dipl.-Med. Gudrun Widders vom Vorstand des ÖGD-Landesverbandes Brandenburg und Berlin, Bernd Raue, stellv. Landesvorsitzender dbb berlin, und Sascha Schöler (BHBB)

Der öffentliche Gesundheitsdienst benötigt für seine interessanten und verantwortungsvollen Aufgaben dringend fachlich qualifiziertes Personal, zumal der Personalbedarf in den letzten Jahren weiter gewachsen ist und angesichts neuer Herausforderungen noch weiter ansteigen wird. Verschärft wird die Situation schließlich dadurch, dass in den nächsten Jahren viele Stellen durch altersbedingtes Ausscheiden frei werden. Umso unverständlicher ist die zögerliche Reaktion der Politik und die Zurückhaltung der Gewerkschaften. Der öffentliche Gesundheitsdienst ist den Bedingungen des Marktes ausgesetzt und muss konkurrenzfähig sein. Das sollte nicht vergessen bzw. geleugnet werden.

Handlungsfähigkeit gefährdet

Geht es um Themen wie Hygiene in Krankenhäusern und deren Kontrolle, z. B. beim Auftreten multiresistenter Keime, um Hygiene in Kitas, um schlechte Raumluftqualität oder Asbest in Schulen, um Rattenplage, um fehlende Impfungen gegen gehäuftes Auftreten von Masern, um Kinderschutz, um psychisch auffällige Kinder und Jugendliche, um überforderte Eltern, um Einschulungsuntersuchungen, um den Schutz der Bevölkerung bei lebensbedrohlichen

Krankheiten (z. B. SARS, Ebola), um Schutz vor Gefahrensituationen im Zusammenhang mit psychischer Erkrankung, um Aids, um die Bekämpfung sexuell übertragbarer Erkrankungen, um das Auftreten von Tuberkulose, um Verhütung und Schwangerschaftsabbruch, um sozialpädagogische Unterstützung hilfebedürftiger Menschen in unterschiedlichen Lebensbereichen, um die medizinische Versorgung von Flüchtlingen, um nur einige Aufgabenfelder zu nennen, dann wird selbstverständlich der Ruf nach der Behörde, nach dem Gesundheitsamt, laut und seine Handlungsfähigkeit von der Bevölkerung und der Politik vorausgesetzt. Das dürfte sich aber in naher Zukunft schon als Trugschluss erweisen.

Öffentlichen Gesundheitsdienst zukunftsfähig machen

Der Vorstand des Verbandes der Ärztinnen und Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes Berlin und Brandenburg warnt davor, weitere Zeit zu verschlafen, und fordert Gewerkschaften und Politik auf, sich für einen zukunftsfähigen öffentlichen Gesundheitsdienst einzusetzen.

Dr. med. Raimund Pitzing

Jeder neunte Berliner Jugendliche verlässt die Schule ohne Abschluss



Es ist schon erstaunlich, dass Politiker erst jetzt – kurz vor den Wahlen – Alarm schlagen, ist doch die Misere der Jugendlichen ohne Schulabschluss schon lange bekannt. Jeder neunte Berliner Schüler ist mittlerweile betroffen. Wie glaubwürdig ist es eigentlich, wenn der Bildungsexperte der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Joschka Langenbrinck, mehr Lehrer fordert und die frühkindliche Bildung stärken will?

Die Berliner SPD stellt seit Jahren den Bildungssenator und stülpt den Schulen trotz heftigster Proteste der Lehrerschaft eine Reform nach der anderen über, natürlich „kostenneutral“. Obwohl die Reformen erfolglos blieben, ja das Bildungsniveau sogar sank, blieb die Senatsverwaltung beratungsresistent.

Traurige Reformbilanz

So wurde nach dem Brandbrief der Rütli-Oberschule die Hauptschule als „Restschule“ degradiert und aufgelöst. Haupt- und Realschulen wurden zu einer integrierten Sekundarschule zusammengelegt. Auf der Strecke blieben dabei die Fördermaßnahmen an den Hauptschulen, wie beispielsweise geringere Klassenstärke oder mehr Förder- und Teilungsstunden. Stattdessen fanden sich die meist leistungsschwachen Hauptschüler gemeinsam mit Realschülern in einer großen Klasse wieder. Zugrunde lag der Reform die unrealistische Annahme, dass die schwachen Schüler sich an den leistungsstärkeren orientieren würden.

Besser wäre es gewesen, an der Hauptschule das duale Lernen einzuführen und die Schülerschaft nicht nur kognitiv zu fordern, sondern auch ihre praktischen Fähigkeiten zu fördern, um sie dann nahtlos in eine Lehrstelle vermitteln zu können.

Das Resultat dieser kostensparenden „Reform“: Viele Schüler haben zusätzliche Förderungen verloren und geringere Chancen, einen Schulabschluss zu erreichen.

Kostensparmodell Inklusion

Ein weiteres Kostensparmodell ist die Umsetzung der Inklusion in Berlin. Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf dürften zweifellos an einer für die jeweilige sonderpädagogische Förderung ausgestatteten Sonderschule mit ausgebildeten Sonderpädagogen besser gefördert werden als durch Integration an allgemeinbildenden Schulen mit einer Lehrerschaft ohne sonderpädagogische Ausbildung. Selbst wenn der inklusive Unterricht an einigen Standorten gebündelt wird, fehlen Sonderschulpädagogen, um

eine Doppelsteckung von Lehrern in einer Klasse im Unterricht zu gewährleisten. Nicht nur dass in der Vergangenheit versäumt wurde, eine ausreichende Anzahl von Sonderpädagogen auszubilden, im neuen Lehrerbildungsgesetz ist die Ausbildung für Sonderschullehrer gar nicht mehr vorgesehen. Stattdessen soll jeder Lehramtsstudent eine „Schmalspurausbildung“ in Sonderpädagogik absolvieren. Inzwischen erhalten viele Schüler nicht die notwendige Förderung, die sie zu einem ihren Fähigkeiten entsprechenden Schulabschluss befähigen würde. Gleichzeitig wird die Lehrerschaft an den allgemeinbildenden Schulen überfordert.



Heidrun Quandt

Grundschulen am stärksten betroffen

Am meisten durch Reformen gebeutelt ist die Berliner Grundschule. Grundschule bedeutet, dass Grundfertigkeiten und -kenntnisse vermittelt bzw. eingeübt werden, damit eine erfolgreiche Schullaufbahn mit entsprechendem Abschluss an der Oberschule gelingen kann.

Durch die Verkürzung der Schulzeit für das Abitur auf zwölf Jahre wurden Inhalte von der Oberschule in die Grundschule verlagert. Im Fach Mathematik bedeutet das: Die Schüler sollen am Ende der 6. Klasse nicht nur wie früher die Grundrechenarten, Bruch- und Dezimalbruchrechnung sowie Grundlagen der Geometrie beherrschen, sondern zusätzlich werden ihnen heute die Themen Proportionalität, Zufall und Wahrscheinlichkeit abverlangt. Neu eingeführt wurde das Fach Naturwissenschaften mit Themen aus Biologie, Chemie und Physik. Übersehen wurde, dass es nicht an der Universität studiert werden kann und insofern fachfremd an den Schulen unterrichtet wird.

Zusätzliche Probleme werfen die Einschulung mit fünf Jahren und die Einführung des jahrgangsübergreifenden Unterrichts in den unteren Klassen auf. Aufgrund der unsinnigen Abschaffung der Vorklassen werden Fünfjährige ohne jegliche Vorbereitung auf die Schule eingeschult. Viele von ihnen sind aber entwicklungspsychologisch und vor allem motorisch noch gar nicht in der Lage, längere Zeit ihren Bewegungsdrang zu unterdrücken bzw. ein entsprechendes Sozial- und Gruppenverhalten an den Tag zu legen.

Der jahrgangsübergreifende Unterricht erweist sich zudem durchaus als geeignete Lernmethode für leistungsstarke und selbstständige Kinder, dagegen brauchen leistungsschwächere Schüler klare Regeln, feste Lernstrukturen sowie viele Übungsmöglichkeiten und Hilfen. Ohne Doppelsteckung mit zwei Lehrern in einer Klasse und zwei Klassenräumen ist das kaum möglich. Der zeitweise Einsatz von Erziehern, die nicht über die entsprechende Ausbildung verfügen, hilft hier nicht weiter.

Inakzeptabel ist insbesondere der Einsatz von Zweitklässlern als Hilfslehrer, mag er noch so schön mit Aufbau von sozialem Verhalten und Festigung des Lernstoffs begründet werden. Zweitklässler müssen ihre eigenen Unterrichtsinhalte lernen und üben, um gut in Klassenstufe drei starten zu können. Es gibt im Übrigen keine empirische Untersuchung, die eine Verbesserung des Lernens durch die Jahrgangsmischung bestätigt. Auch hier wurde eine Reform ohne entsprechende finanzielle und personelle Ausstattung durchgesetzt, was letztlich auch zu ihrer Rücknahme – auf Antrag und Beschluss der einzelnen Schulen – geführt hat.

Personalentwicklung versäumt

Nicht nur schlecht vorbereitete und umgesetzte Reformen haben die Berliner Bildungsmisere verursacht, sondern auch eine versäumte Personalentwicklungsplanung.

Verhängnisvoll hat sich die Ankündigung des ehemaligen Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit, „Berlin muss sparen, bis es quietscht!“, ausgewirkt. Stellenabbau, Einkommenseinbußen und die Aufhebung der Verbeamtung haben mittlerweile den Lehrerberuf in Berlin unattraktiv gemacht.

Gleichzeitig haben die Universitäten viel zu wenige Lehramtsstudenten, besonders im Grundschulbereich, ausgebildet. Verhängnisvoll für die Grundschulen hat sich zudem die Novellierung des Lehrerbildungsgesetzes ausgewirkt, wonach ein Grundschullehramtsstudent ebenso viele Pädagogiksemesterstunden wie ein Lehramtsstudent für sein zweites Fach absolvieren muss.

Bei gleichem Studienaufwand wird der angehende Grundschullehrer nach A 12, der Lehrer mit zwei Wahlfächern nach A 13 bezahlt. Nur wenige haben sich in dieser Situation noch für die Grundschule entschieden.

Ungünstige Altersstruktur

Schließlich kann auch der Bildungsverwaltung die ungünstige Altersstruktur der Berliner Lehrerschaft nicht verborgen geblieben sein. Aber anstatt im Vorgriff auf die große Pensionierungswelle mehr Lehrer auszubilden und Anreize wie Verbeamtung, geringere Unterrichtsverpflichtung und höhere Bezahlung zu schaffen, wird der Lehrernotstand seit Jahren durch Fristverträge mit sogenannten LovL (Lehrer ohne volle Lehrbefähigung) und Quereinsteigern, besonders in Mangelfächern, verschleiert.

Die Bildungsmisere in Berlin ist hausgemacht durch unnötige, an der Schulwirklichkeit vorbeigehende Reformen einerseits und eine fehlerhafte, oft ignorante Personalpolitik andererseits. Wenn jetzt im Wahljahr der Bildungsexperte der SPD im Abgeordnetenhaus eine Qualitätsoffensive für die Berliner Schule fordert, macht das den Bock zum Gärtner.

Heidrun Quandt, Landesvorsitzende VBE Berlin



Deutscher Berufsverband
für Soziale Arbeit e. V.

Tariffähige Gewerkschaft

Mitglied der IFSW (International Federation of Social Workers)

DBSH unterstützt Forschung

Der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) macht sich für mehr Forschung und Promotionen in der Sozialen Arbeit stark. Als Mitorganisator beteiligte sich der Verband an der Tagung „forschen und promovieren in der sozialen arbeit“, die am 15./16. Januar 2016 an der Alice Salomon Hochschule Berlin stattfand.

Großes Interesse aus der Praxis

200 Anmeldungen und ein noch viel größerer Interessentenkreis signalisierten die Brisanz des Themas. Prof. Dr. Bettina Völter interpretierte die Anwesenheit und das Interesse der zahlreichen Vertreterinnen und Vertreter aus der Praxis bei ihrer Einführung in die Tagung als neue Akzeptanz für die Generierung eigener Wissensbestände in der Sozialen Arbeit.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung boten Panelveranstaltungen und Podiumsdiskussionen die Möglich-

keit zur intensiven Auseinandersetzung mit dem Stand der Forschung und den aktuellen Herausforderungen für die Profession und Disziplin der Sozialen Arbeit. In besonderem Fokus stand dabei das in Hessen neu eingeführte Promotionsrecht für forschungsstarke Fachbereiche der Hochschulen angewandter Wissenschaften (HAW). Hier müssen sich die Gewerkschaften und insbesondere der DBSH als Berufsverband und Fachgewerkschaft zukünftig klar positionieren. „Denn ohne politische Kämpfe wird das Promotionsrecht der HAWs nicht durchgesetzt werden“, so Hannes Wolf, der Vorsitzende des DBSH Berlin. ■

DBSH-Kundgebung am 15. März

Zum Internationaler Tag der Sozialen Arbeit am 15. März 2016 wird der DBSH Berlin von 16.30 bis 17.30 Uhr auf dem Berliner Alexanderplatz (Weltzeituhr) eine Kundgebung durchführen.

„Wir feiern uns, weil die Soziale Arbeit es wert ist“, heißt es in dem Aufruf des DBSH-Landesverbandes. „Gemeinsam wollen wir auf die Notwendigkeit einer gerechteren Gesellschaft und auf den Wert der Sozialen Arbeit aufmerksam machen. Wir wollen uns und unsere Arbeit wertschätzen.“

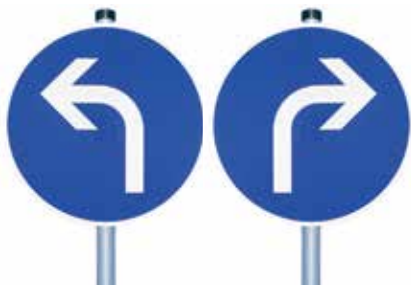
Der diesjährige Internationale Tag der Sozialen Arbeit steht unter dem Motto „Förderung der Würde und des Wertes der Menschen“. Hierzu leisten Fachkräfte der Sozialen Arbeit einen entscheidenden Beitrag. Sie setzen sich tagtäglich und an den unterschiedlichsten Stellen für die Würde und die Rechte der Menschen ein, um eine gerechte Gesellschaft anzustreben. ■



Verkehrssicherheitsbilanz 2015:

Größte Unfallgefahr beim Abbiegen

37.713 Verkehrsunfälle wurden 2015 in Berlin registriert. Wie Innenstaatssekretär Bernd Krömer bei einer Pressekonferenz Mitte Februar feststellte, hält damit der seit mehreren Jahren bestehende Aufwärtstrend der Unfallzahlen weiter an. Hauptunfallursache ist fehlerhaftes Abbiegen, gefolgt von der Missachtung der Vorfahrt, Geschwindigkeitsüberschreitung, Alkohol am Steuer und falschem Fußgängerverhalten.



MEV

Während Geschwindigkeits- und Alkoholdelikte gegenüber dem Vorjahr deutlich zurückgegangen sind, wurden Nichtbeachtung der Vorfahrt und falsches Verhalten von Fußgängern häufiger registriert. Nach Angaben von Krömer ist die Zahl der Verkehrstoten erfreulicherweise erneut gesunken. Im Straßenverkehr waren es insgesamt 48, vier Opfer weniger als im Vorjahr. Radfahrer und Fußgänger, die weniger geschützt am Straßenverkehr teilnehmen als Autofahrer, sind dabei mit 29 Unfalltoten betroffen.

Auch bei den 17.790 Personen, die im vergangenen Jahr im Berliner Straßenverkehr verletzt wurden, waren die meisten zu Fuß, per Fahrrad oder motorisiertem Zweirad unterwegs. Die Zahl der schweren Verletzungen ging dabei glücklicherweise leicht zurück.

Weniger Tote, aber mehr Verletzte lautet auch die Verkehrssicherheitsbilanz bei den Senioren über 64 Jahren.

Staatssekretär Krömer appelliert an alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer, gegenseitige Rücksicht und Nachsicht zu üben. Respekt gegenüber anderen Menschen im Straßenverkehr sowie ein ausgeprägtes Risikobewusstsein sollten eine Selbstverständlichkeit sein.

Bei derselben Pressekonferenz plädierte Polizeipräsident Klaus Kandt nachdrücklich für konsequente Prävention und Verkehrsüberwachung im gesamten Stadtgebiet. Das Hauptaugenmerk liege dabei weiterhin auf den nahezu ungeschützten Fußgängern, Rad- und Motorradfahrern. Bei Letzteren halbierte sich die Zahl der Todesopfer, nicht zuletzt wegen der verstärkten Präventionsbemühungen in diesem The-

menfeld, insbesondere der Verkehrssicherheitsaktion „Biken ist SICHER cool“. Eine Woche lang hatte die Polizei Berlin zusammen mit ihren Partnern der Charta für Verkehrssicherheit diese bislang größte Präventionsveranstaltung für „Biker“ im April 2015 durchgeführt. Insgesamt wurden bei 81 Veranstaltungen rund 3.500 Menschen über Motorradsicherheit informiert. Im April dieses Jahres ist eine einwöchige Twitter-Aktion geplant, bei der sämtliche Verkehrsunfälle mit verletzten oder getöteten Personen, vermutlich knapp 50 pro Tag, getwittert werden sollen.

Eine Erfolgsbilanz zog Kandt über den Einsatzstart der neuen zentralen Fahrradstaffel in der östlichen Innenstadt. Insgesamt habe die Staffel in den ersten eineinhalb Jahren ihres Bestehens fast 19.500 Verkehrsordnungswidrigkeiten verfolgt, davon etwa 8.000 Anzeigen nach Verstößen durch Radfahrer und ungefähr 11.500 durch Kraftfahrer. Eine Überprüfung der Unfallforschung der Versicherer hat außerdem ergeben, dass die Arbeit der Staffel einen deutlich positiven Einfluss auf das Unfallgeschehen mit Radfahrerbeteiligung erbracht hat.

Ein störendes und gefährliches Phänomen tritt insbesondere im Straßenverkehr der City-West in den Sommermonaten auf: Hier wurden über 20 zum Teil hochwertige Pkw – u. a. der Marken Maserati, Lamborghini und Mercedes – sowie ein Motorrad „Harley Davidson“ aus dem Verkehr gezogen. Grund: Bei sogenannten Profilierungsfahrten waren diese Fahrzeuge regelmäßig mit hohen Motordrehzahlen in kleinen Gängen gefahren worden, um durch den erzeugten starken Lärm über die Sportauspuffanlagen Aufmerksamkeit zu erzeugen. Die gutachterlich überprüften Fahrzeuge wiesen unzulässige bauliche Veränderungen auf, was schmerzliche Konsequenzen für die Halter hatte. In einem Fall wurde einem 21-Jährigen sogar die charakterliche Eignung zum Führen von Kraftfahrzeugen abgesprochen und die Fahrerlaubnis entzogen. Die Polizei Berlin, erklärte der Polizeipräsident, werde gegen dieses Phänomen auch künftig zielgerichtet vorgehen ebenso wie gegen rücksichtslose Raserei und illegale Autorennen.

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin. **E-Mail:** post@dbb.berlin. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Media-center, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyber@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Anzeigentarif** Nr. 13, gültig ab 1. 10. 2015. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Fotos:** dbb berlin, Titelbild: Funkturm Berlin. Foto: Matthias Hennig. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Nur die konsequente Verfolgung, insbesondere gefährlicher Delikte, wie fehlerhaftes Verhalten von Kraftfahrern beim Abbiegen, kann zu einer Verbesserung beitragen. Letztlich sollen damit die besonderen Gefahren für zu Fuß Gehende und Radfahrende, aber auch für alle anderen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer deutlich gemacht werden. Die Polizei Berlin wird dabei in Zukunft stärker auf das persönliche Gespräch setzen, was nur möglich ist, wenn die Fahrzeuge direkt nach dem Verstoß an-

gehalten werden. Dadurch bietet sich die Möglichkeit, Betroffene für die Gefahren ihres Verhaltens konkret zu sensibilisieren und so eine nachhaltige positive Verhaltensbeeinflussung zu erreichen. Im Frühjahr und im Sommer 2016 werden hierzu auch zwei jeweils einwöchige Schwerpunktaktionen durchgeführt, bei denen gezielt auf falsches Verhalten beim Abbiegen geachtet wird. Ähnlich wie beim Blitzmarathon wird dann auch die Öffentlichkeit darüber aktuell informiert. ■

Verfassungsschutz:

Neue Broschüre zur linken Gewalt in Berlin

Nach 2009 veröffentlicht der Berliner Verfassungsschutz zum zweiten Mal eine Studie, die sich empirisch mit politisch links motivierter Gewalt in Berlin auseinandersetzt.

Die Studie untersucht Daten zu Ausmaß und Charakteristika linker Gewalt in Berlin. Dafür wurden 1.523 Delikte ausgewertet, die im Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2013 von der Polizei als politisch motivierte Gewaltkriminalität eingestuft wurden.

Analysiert werden die Taten, Tatverdächtige und Opfer. Zentrale Ergebnisse werden mit der Vorgängerstudie „Linke Gewalt in Berlin 2003 bis 2008“ verglichen sowie Maßnahmen gegen linke Gewalt und Linksextremismus in Berlin aufgezeigt. Eine Studie „Rechte Gewalt in Berlin 2003 bis 2012“ war bereits 2014 erschienen.

Linke Gewalt in Berlin hat viele Facetten, deren deliktenspezifische, räumliche und zeitliche Schwerpunkte sich verändern. Brandstiftungsdelikte, das Geschehen rund um den 1. Mai oder auch Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation sind nur drei Beispiele für den Einfluss aktueller Entwicklungen.

Der regionale Schwerpunkt liegt in den Regionen Nord-Neukölln, Kreuzberg und nördliches Friedrichshain, wo verdichtete Räume linker Gewalt existieren, in dem Wohn- und Tatorte der PMK mit Wohn- und Trefforten von Linksextremisten korrelieren. Diese und weitere Informationen können abgerufen werden unter: <http://www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/>. ■



Senatsverwaltung für Inneres und Sport